

Europa zusammenbringen

Europa braucht eine Neuorientierung. Die aktuelle Sparpolitik bringt Europa um: die Arbeitslosigkeit liegt auf dem höchsten Niveau seit 1960, und mit jedem vierten Jugendlichen in Europa und sogar jedem zweiten in Griechenland ohne Job, wird eine ganze Generation ausgegrenzt. Wenn sich die Lebensstandards verschlechtern und soziale Unsicherheit zunimmt, wenden sich die Völker von Europa ab. Auf den wachsenden Euroskeptizismus sind die einzige glaubwürdige Antwort mehr Solidarität und mehr Demokratie.

In schwierigen Zeiten ist es wichtig eine gemeinsame Sprache zu finden. Deutschland ist nicht das europäische Übel. Das ist vielmehr die europäische Allianz von Neoliberalen und Konservativen, die zum Kurswechsel unfähig nicht erkennen will, dass „endlose Austerität“, wie Präsident Hollande sagte, uns immer weiter in die Sackgasse führt. Bundeskanzlerin Merkel und der britische Premier David Cameron sind heute das Symbol für diese Politik. In Frankreich hat die Wahl vor einem Jahr die Lage verändert und Hoffnungen auf eine neue Politik in Europa eröffnet. Auch in Deutschland ist dies im September möglich.

Die Schaffung von Arbeitsplätzen hat höchste Priorität. Kurzfristig ist eine Stimulierung der Nachfrage notwendig, um das Produktionspotenzial wieder voll auszuschöpfen. Langfristig müssen Europas Produktionskapazitäten qualitativ verbessert werden um den Übergang zu einem nachhaltigen sozialen und ökologischen Modell zu ermöglichen.

Wir sind grundsätzlich für einen ausgeglichenen Staatshaushalt um öffentliche Dienste solide zu finanzieren, aber in der gegenwärtigen Superkrise verhindern öffentliches und privates Sparen jedweden wirtschaftlichen Aufschwung, ja, sie verschärfen die Defizite und stürzt die Eurozone in eine negative Teufelsspirale von der es sich nur schwer erholen wird. Deswegen muss der Zeitplan für die Rückkehr zu ausgeglichenen Haushalten dem Wirtschaftszyklus angepasst werden.

Strukturreformen sind notwendig, aber andere als die uns von Neoliberalen aufgetischten Reformen. Wettbewerbsfähigkeit kann nur durch ein neues Wirtschaftsmodell erreicht werden: durch Investitionen in Innovation, in Erziehung, Bildung, Lehrstellen, in life-long-learning für Erwachsene; Investitionen in Forschung und technologische Entwicklung, in grüne Infrastrukturen und digitale Netzwerken; Investitionen in diversifizierte und sparsamere Energiequellen und in die notwendigen Speicherkapazitäten von Kurz- und Langzeitspeichern zur Integration erneuerbarer Energien. Diese Baustellen sind die große Herausforderung, um aus Europa ein Modell für nachhaltige und erneuerbare Industrie im XXI. Jahrhunderts zu machen.

Diesen Kurswechsel können wir nur gemeinsam schaffen. Solange das Motto heißt “Jeder denke nur an sich” werden sich Steuer- und Sozialdumping verschärfen und Europa ist zu Ende. An die Stelle gemeinschaftlichen Handelns werden wieder Konflikte zwischen Staaten, Konkurrenz zwischen Regionen und Arbeitnehmern, sowie niedrigere Sozialstandards, der Raubbau von Ressourcen und das Aussterben der Biodiversität treten. Diese zukunftsorientierten Baustellen durch einen echten Europäischen Haushalt mit eigenen Finanzressourcen zu finanzieren, ist nicht nur ein Akt der Solidarität, sondern ein Akt für das Gemeinwohl im nationalen Interesse. Ohne Solidarität werden die Europäer zu Verlierern der Globalisierung. Noch ist es nicht zu spät.

Aus Anlass des 50. Jahrestags der Unterzeichnung des Élysée-Vertrages haben die Parlamente Deutschlands und Frankreichs gemeinsam erklärt: « Die deutsch-französische Zusammenarbeit ist heute zu einer selbstverständlichen und verlässlichen Grundlage des europäischen Integrationsprozesses geworden. Die Aussöhnung, Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Ländern ist damit zugleich ein Beispiel dafür, nationale Egoismen zu überwinden». Für manche Leute sind dies fromme Wünsche. Für uns sind sie alles andere als leere Worte. Gerade in schwierigen Zeiten sind sie eine Verpflichtung von außergewöhnlichem Ernst.

Die Sozialdemokratie in Frankreich und in Deutschland hat eine lange Geschichte der intensiven Zusammenarbeit. Heute drückt sie sich in der Hoffnung auf eine wirtschaftliche Neuorientierung in Europa und in einem abgestimmten Handeln unserer Parlamentsfraktionen aus. Wir wollen den Mittelstand stärken; wir fordern die Einführung eines Mindestlohns und wir wollen eine Steuerharmonisierung in Europa um Sozialdumping zu verhindern. Wir pochen auf eine echte Bankenunion um die Finanzspekulation zu stoppen. Die Fraktionen von PS und SPD in der Assemblée Nationale und im Bundestag haben schon 2011 einen Gesetzentwurf für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer vorgeschlagen, die dieses Jahr endlich kommen wird. Heute ist Regieren in Europa eine Sache, die über nationale Grenzen hinausgeht und sich in der Macht von Ideen beweist.

Um Fortschritt zu machen, müssen wir realistisch sein. Europas Institutionen funktionieren nicht optimal. Man kann Europa nicht mit der Troika (aus IWF, EZB und Europäischer Kommission) regieren. Die Eurozone braucht nicht nur eine Wirtschaftsregierung, wie sie europäische Sozialdemokraten seit langem fordern, sondern Europa muss sein demokratisches Defizit schließen, für das seine Bürger teuer bezahlen. Die Konservativen benutzen den Nationalstaat um die Völker zu spalten und ihre eigenen Vorteile durchzusetzen. Die wahre Herausforderung Europas der nächsten Jahre besteht darin, den europäischen Bürgern ihre Macht zurückzugeben. Die Europa-Wahl 2014 ist für uns die Gelegenheit einen Spitzenkandidaten für den Kommissionspräsidenten aufzustellen und durch die Bürger wählen zu lassen. Das wird wichtige Debatten erfordern, aber wie Bundespräsident Joachim Gauck jüngst erklärt hat: "Lasst uns weiter gemeinsam den Weg zur europäischen *Res publica* bestreiten, dabei auch unter Umständen streiten, aber nur gemeinsam sind wir den künftigen Herausforderungen gewachsen". Angesichts der wachsenden Europa-Verdrossenheit und der beständigen Irrtümer des liberal-konservativen Blocks müssen Sozialdemokraten und Sozialisten in Deutschland und in Frankreich, und alle Bürger in Europa gemeinsam eine große Aufgabe verwirklichen: Solidarität und Demokratie.

Französische Sozialistische Partei : Pervenche Bérès, MEP, Christian Paul, Daniel Goldberg, Dominique Potier, Abgeordnete, Assemblée Nationale, Laurence Rossignol, Senat.

SPD: Stefan Collignon, Professor Uni Hamburg, Evelyne Gebhardt, Jutta Steinruck, MEPs, Axel Schäfer, Stellvertretender Vorsitzender der SPD im Bundestag, Angelika Schwall-Düren, Minister für Europaangelegenheiten, NRW.